



Umweltpolitik auf dem Abstellgleis.

Das umweltpolitische Sündenregister 2006.
Forderungen für 2007.

Pressekonferenz

mit

Abg. z. NR. Dr. Ruperta Lichtenecker,
Umwelt- und Energiesprecherin

Grüner Klub, Löwelstrasse 12, 1017 Wien

Wien, am 28. Dezember 2006

Wo war der Umweltminister?

Mit einer nichtexistenten Umweltpolitik in beinahe allen Bereichen hat die schwarz-orange Bundesregierung mit Minister Pröll deutliche Rückschritte im Jahr 2006 zu verantworten. Sei es beim Klimaschutz, im Kampf gegen die Atomenergie, bei der Verringerung der Feinstaubbelastungen oder bei der Eindämmung der Verkehrslawine.

Die abgewählte Bundesregierung hat anderen Interessen stets den Vorzug gegenüber dem Umweltschutz in Österreich gegeben. Das bitterste Ergebnis dieser schwarzen Politik: Österreich ist Schlusslicht im Klimaschutz innerhalb der EU. Ohne konsequente Energiewende, wie sie die Grünen seit Jahren vertreten, sind die Kioto-Ziele bereits jetzt in unerreichbare Ferne gerückt. „Das ist nicht nur verantwortungslos gegenüber der Umwelt, sondern führt auch zur wirtschaftlichen Katastrophe“, erklärte die Umwelt- und Energiesprecherin der Grünen, Ruperta Lichtenecker.

Die 7 Hauptsünden in der Umweltpolitik 2006

Totalversagen im Klimaschutz

Österreich zählt weiterhin zu den Klimaschutzschlusslichtern innerhalb der EU. Gemäß Kioto-Vertrag und verbindlichem EU-Beschluss muss Österreich seine Treibhausgasemissionen bis 2010 um 13% unter den Stand von 1990 senken. Seit 1990 sind die Treibhausgasemissionen jedoch um 15,7 Prozent gestiegen!

- **Das Umweltzerstörungsgesetz - die Novellierung des Ökostromgesetzes:** Am 25. Mai 2006 haben SPÖ, ÖVP und BZÖ dem Umweltzerstörungsgesetz zugestimmt. Kritikpunkte sind die Kürzungen des Ökostrom-Volumens um 80%, die Verkürzung der Förderlaufzeit für neue Anlagen von 13 auf 10 Jahre, die fehlenden Sicherheiten (keine garantierte Abnahmepflicht, keine Abnahmepflicht nach Tarifaufzeit), die Umwälzung der Kosten von der Industrie auf die Haushalte. Der Ausbau der erneuerbaren Energien, der als zentraler Schlüssel für den Klimaschutz gilt, wird dadurch massiv gebremst. Auf Tausende künftige Arbeitsplätze wird verzichtet.
- **Geschenke an Industrie und Wirtschaft - NAP II und das Emissionszertifikatengesetz:** Der österreichische Zuteilungsplan für CO₂-Zertifikate für die Periode von 2008 bis 2012 (NAP II), der noch dieses Jahr verspätet nach Brüssel entsandt werden soll, ist wieder ein Geschenk an Industrie und Wirtschaft. Im Jahr 2004 emittierten Energiewirtschaft und Industrie rund 39,5 Mio. Tonnen CO₂-Einheiten. Die im Entwurf veranschlagte gratis zugeteilte Zertifikatsmenge von 32,8 Mio. t CO₂ ist daher nicht ehrgeizig. Nur 400.000 Tonnen sollen versteigert werden. Bereits bei NAP I hätten 5 Prozent der Zertifikate laut EU-Richtlinien versteigert werden können, stattdessen erhielt die Industrie allein im Jahr 2005 „Verschmutzungsrechte“ im Wert von rund 660 Millionen Euro geschenkt. Auch bei NAP II soll das Auktionsvolumen von 10 Prozent nicht ausgeschöpft, sondern nur 1,22 Prozent versteigert werden. Das von ÖVP, SPÖ und BZÖ am 15. Dezember beschlossene neue Emissionszertifikatengesetz, beinhaltet in der flexiblen Reserve ein weiteres Geschenk für die Industrie auf Kosten des Steuerzahlers. Bisher wurde 1% als Reserve für Neuanlagen vorbehalten. In Zukunft kann der Umweltminister Emissionszertifikate ankaufen und an neue Marktteilnehmer verschenken. Auch wenn in der nächsten Periode (NAP III) diese Zertifikatsmenge von der künftigen

Allokationsmenge reduziert werden soll, setzt diese Maßnahme falsche Investitionsanreize für klimaschädliche Energieformen.

Vogelstraußtaktik in der Antiatompolitik

In der Antiatompolitik glänzt die Regierung unter Bundeskanzler Schüssel 2006 lieber mit Schweigen als aktiv zu handeln. Damit ignoriert die Regierung die Ängste der österreichischen Bevölkerung und ihrem Wunsch nach sicheren Energiequellen!!

- **Schüssel Regierung unterstützt Pro-Atom Kurs der EU:** Unter dem Vorsitz von Bundeskanzler und Ratspräsident Schüssel segnet der Europäische Rat am 24. März 2006 einen Beschluss über die Zukunft der europäischen Energieversorgung ab, der einem Türöffner für die weitere Subventionierung der Atomindustrie gleichkommt.

Im Juli 2006 unterstützt Österreich in Vertretung von BM Gehrler die Verdreifachung der Mittel für die EU-Atomforschung für die Periode 2007-2011 im Vergleich zur letzten Periode. Konkret sollen im neuen Fünfjahresprogramm 4,1 Mrd. Euro zur Atomforschung bereitstehen, gegenüber 1,35 Mrd. Euro im letzten Euratom-Forschungsprogramm. Der österreichische Anteil beträgt dabei 123 Mio. Euro. Der von Gehrler dargestellte Erfolg der Einigung über die Verwendung der EU-Atomforschungsmittel (70 Prozent der EU-Mittel für die Kernfusionsforschung, 30 Prozent ausschließlich für die Sicherheitsforschung) ist für den Kampf gegen die Atom-Industrie ein herber Schlag.

- **Verzögerungstaktik im Fall Temelin:** Der einseitige Bruch des Melker Protokolls durch die Kollaudierung von Temelin hat bei BK Schüssel und BM Pröll bisher wenig Aktivitäten und Protest ausgelöst. Der am 14. Dezember im Parlament einhellig gefasste Beschluss, eine Völkerrechtsklage gegen Tschechien einzuleiten, ist ein eindeutiger Handlungsauftrag. Die angekündigte Überprüfung der möglichen rechtlichen Schritte hätte schon längst stattfinden müssen und auch die diplomatischen Möglichkeiten wurden nicht ausgeschöpft.

Scheitern in der Verkehrspolitik!

Der Verkehr ist mit der Industrie der größte Klimasünder (Anteil von 26 Prozent der Treibhausgasemissionen) – Tendenz steigend! Seit 1990 verzeichnet der Verkehr einen Anstieg von 87,1 Prozent. Die Ursachen: Hohe Zuwächse im LKW-Verkehr, gefördert durch handzahme Politik gegenüber der Frächterlobby, die Leistungs- und Gewichtsexplosion beim PKW, die alle motortechnischen Fortschritte kompensiert und keine Offensivreform beim Öffentlichen Verkehr. Die kontraproduktive Maßnahmen der Einführung von Tempo 160 von BM Gorbach auf der Kärntner Tauernautobahn trug zusätzlich zur negativen Verkehrsbilanz bei.

- **Öffentlicher Verkehr - Regierung hat versagt:** Im Regierungsübereinkommen von Anfang 2003 wurde eine Offensivreform bei Organisation und Finanzierung des Öffentlichen Nah- und Regionalverkehrs versprochen. Passiert ist wenig bis nichts – Signifikant war die Schließung vieler Nebenbahnen – was die Attraktivität stark senkt.
- **Pröll und Tempo 160: Das große Schweigen:** Im Mai und Juni 2006 hat Verkehrsminister Gorbach seinen Tempo-160-Versuch auf der Kärntner Tauernautobahn durchgezogen. Im September wurde ein weiterer "Test" auf derselben Strecke begonnen - Wählerfang auf Kosten von Klimaschutz und Verkehrssicherheit. Empörend ist, daß Umweltminister Pröll nichts unternommen hat, um diesen verkehrs- und umweltpolitischen Unsinn zu unterbinden. Dabei bedeutet Tempo 160 statt 130 +27% beim Treibstoffverbrauch sowie beim Klimagas CO₂, +33% bei Stickoxiden und +40% bei Feinstaub und natürlich auch mehr Lärm.

Feinstaub im Ansteigen

Auch im Jahre 2006 wurde der Trend steigender Feinstaubbelastung nicht aufgehalten. In Wien und Graz war 2006 in nahezu einem Drittel des Jahres die Luft zum Atmen gesundheitsschädigend. Feinstaub ist besonders gesundheitsgefährdend für Kinder, ältere Menschen und Kranke!

Tage mit Überschreitung der Feinstaubgrenzwerte in den Städten Wien und Graz im Jahresvergleich (2006 - per 20. Dezember 2006):

	2002	2003	2004	2005	>20.12.2006
Graz, Don Bosco	131	132	117	127	101
Wien, Rinnböckstraße (Liesing)	57	95	54	92	102 (Taborstraße)

Die Immissionsschutzgesetz-Luft-Novelle 2006 ist eine Attacke auf die Gesundheit der Menschen – sie ermöglicht, dass selbst in Sanierungsgebieten (Gebieten mit Grenzwertüberschreitungen) bei neuen Betriebszulassungen der Grenzwert missachtet werden kann.

- **Mehr und mehr Luftschadstoffbelastete Gebiete:** Die Verordnung "Belastete Gebiete-Luft" nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz wurde 2006 neu erlassen. Gegenüber der Verordnung von 2004 mussten dramatisch mehr Gebiete als belastet ausgewiesen werden, etwa in Tirol und Steiermark um das Doppelte.
- **IG-L-Novelle mit gesundheitsschädigendem Nebeneffekt:** Anfang des Jahres 2006 ist die IG-L-Novelle in Kraft getreten. Damit konnte sich die ÖVP sichern, dass selbst in Sanierungsgebieten (Gebieten mit Grenzwertüberschreitungen) bei neuen Betriebszulassungen der Grenzwert missachtet werden kann. Zum Nachteil der Gesundheit der Menschen. Der Verkehrsminister erhielt ein Vetorecht gegen

Verkehrsbeschränkungen auf Autobahnen und Schnellstraßen.

- **Widerstand bei Geschwindigkeitsbeschränkungen:** Die gesetzlich zwingende Erlassung von Tempolimits auf Autobahnen durch die Landeshauptleute (mit den 2006 erlassenen Verordnungen sind jetzt insgesamt 9 Streckenabschnitte betroffen) hat irrationale Reaktionen ausgelöst. Dies führt dazu, dass in den Koalitionsverhandlungen die Forderung aufgestellt wurde, dass nur mehr der Verkehrsminister derartige Beschränkungen verfügen können soll.

Natur- und Alpenschutz im Hintertreffen

In Österreich schaute der Umweltminister stets weg, wenn Natura-2000-Gebiete durch Infrastrukturprojekte in höchster Gefahr waren, seien es die Donauauen in der Lobau oder bei Traismauer oder alpine Naturbesondereinheiten bei Schigebietsausbauten und Kraftwerksprojekten wie in Tirol. Kein Wunder, dass Österreich unter den Spitzenreitern bei einschlägigen EU-Vertragsverletzungsverfahren ist.

- **Kein Schutz für heimische Naturjuwelle – Fall Sandersee:** Der Sandersee unmittelbar vor dem Pasterzengletscher, im Herzen des Nationalparks Hohe Tauern, ist zugleich Sonderschutzgebiet und Natura-2000-Gebiet: Energiewirtschaft und Kärntner Landesregierung wollen hier den Ausbau des Sandersees zu einem Gletscherschliff-Depot mit Staumauer etc. durchdrücken, indem sie durch das gezielte Verschleppen von Alternativlösungen "Sachzwänge" herbeiführen. Umweltminister Pröll als zuständiger Minister (Wasserrecht) ist durch Säumigkeit bei der rechtlichen Bearbeitung massiv an diesem schmutzigen Spiel beteiligt, statt endlich klar Stopp zu diesem Angriff auf ein Naturschutz-Juwel zu sagen.

Gefahr für unsere Lebensmittel und unsere Umwelt

Bundesminister Pröll hat den Verzicht auf den Einsatz von Gentechnik-Saatgut als Fördervoraussetzung für alle Betriebe, die am neuen österreichischen Programm für umweltgerechte Landwirtschaft (ÖPUL) teilnehmen, bislang nicht vorgeschrieben. Das wäre auf der nationalen Ebene jedoch die effizienteste Maßnahme, da derzeit 88% der landwirtschaftlichen Nutzflächen und 75% der Betriebe in Österreich von diesem Programm erfasst sind. Damit versäumt er die einmalige Chance, den Großteil der Betriebe und der landwirtschaftlichen Nutzfläche gentechnikfrei zu erhalten. Andernfalls müssten zum Schutz der gentechnikfrei wirtschaftenden Betriebe (insbesondere Biobetriebe) umfassende Schutzmaßnahmen ergriffen werden (z.B. Sicherheitsabstände, Pollenbarrieren, getrennte Produktions- und Warenströme). Der Anbau von Gentechnisch veränderter Mechanismen (GVO) würde das Ende einer gentechnikfreien Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion in Österreich bedeuten.

Die ÖVP-Agrarminister Molterer und Pröll haben im Rahmen der letzten

Agrarrechtsänderungsgesetze (Änderung des Pflanzenschutzmittelgesetzes) Schritt für Schritt die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln erleichtert und die gesamten Pestizide anderer EU-Mitgliedstaaten wie Deutschland und Holland pauschal in Österreich zugelassen. Dadurch kam eine Vielzahl von Pestiziden bzw. Pestizidwirkstoffen auf den österreichischen Markt. Waren im Jahr 2000 noch 837 Pflanzenschutzmittel in Österreich zugelassen, sind es jetzt bereits inklusive der in Holland und Deutschland zugelassenen Pflanzenschutzmittel 2.292 (!)

Obwohl sich die Anzahl der zugelassenen Pflanzenschutzmittel seit dem Jahr 2000 vervielfacht hat, wurden die Analyse- und Kontrollkapazitäten nicht erhöht was zu enormen Kontrolldefiziten geführt hat.

Die Arbeiterkammer hat darauf aufmerksam gemacht, dass Pestiziduntersuchungen ergeben haben, dass die Anzahl der verwendeten Pestizide drastisch gestiegen sei. So wurden im Jahr 2003 bei Untersuchungen nur ein bis drei Pestizide pro Probe gefunden, im Jahr 2005 waren es bereits bis zu 15 verschiedene Pestizide. Dennoch findet die toxikologische Bewertung der Rückstände nach geltendem Recht (Schädlingsbekämpfungsmittel-Höchstwertverordnung) stets nur auf der Basis von Einzelsubstanzen statt. Dadurch werden mögliche additive oder sogar einander verstärkende Wirkungen nicht berücksichtigt.

Unsere Wasser in Gefahr

Minister Pröll negiert die Bedeutsamkeit unserer Wasserressourcen!

Das Österreich besitzt nur noch 18 Prozent an intakten Flusstrecken - das ist ein erschreckendes Ergebnis. Derzeit ist nur ein Drittel ausreichend vor weiterer Verbauung und Zerstörung geschützt. Intakte Flüsse sind einerseits wertvolle Lebensräume für Tiere und Pflanzen und sind auch natürliche Schutzzonen gegen Hochwasser.

Sauberes Wasser ist ein unschätzbares und unbezahlbares Gut, das unseren uneingeschränkten Schutz benötigt!

Beim Grundwasser existieren gravierende Probleme - Belastungen durch Nitrat, Pestizidwirkstoffe und durch Chlorierte Kohlenwasserstoffe beeinträchtigen die Qualität unseres Wassers. Hauptverursacher sind die Intensivierung der Landwirtschaft, mangelnde Abwasser- und Abfallbeseitigung sowie Altlasten.

2007 – Das Jahr der umwelt- und energiepolitischen Herausforderungen:

Konsequente Energiewende in Österreich:

Gesetzlich verbindliches Ziel zur Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien von derzeit 23% auf 50% bis 2020. Erarbeitung eines österreichweiten Masterplans zum Ausstieg aus den fossilen Energieträgern. Forcierung von Energiespar- und Energieeffizienzmaßnahmen. Einrichtung eines Energiewende-Fonds, der neben Zweckbindungen bestehender Mittel (z.B.: Wohnbauförderung, Energieabgabe) mindestens 200 Mio. Euro pro Jahr an Zusatzfinanzierung für die Energiewende vorsieht (Bereiche: Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Thermische Gebäudesanierung, Klimaschutzprogramme, Energieforschungsoffensive) und die Totalreform des Ökostromgesetzes. Korrektur von NAP II, der in dieser Form von der Kommission voraussichtlich nicht akzeptiert werden wird.

Konsequente Anti-Atom Politik:

Sofortiges Handeln in der Causa Temelin: überprüfen und setzen der möglichen Rechtsmittel. Voller Einsatz für den Stopp aller Subventionen und Forschungsmittel für die Atomenergie in Europa. Bundeskanzler und Umweltminister müssen sich pro aktiv für einen Ausstieg aus der Kernkraft in Europa einsetzen und Tschechien, der Slowakei, Ungarn und Slowenien Unterstützung für Alternativen zur Kernkraft anbieten.

Forcierung einer Initiative für eine rasche Reform des unzeitgemäßen Euratom-Vertrags. Gleichzeitig soll im Zuge der Verhandlungen der neuen EU-Verfassung die Möglichkeit eines einseitigen Ausstiegs von EU-Staaten aus dem Euratomvertrag geschaffen werden, ohne aus der EU aussteigen zu müssen.

Verkehr ist mehr – Mobilität neu gedacht:

Neue Generalverkehrsplanung auf Faktenbasis incl. SUP (strategischer Umwelt- und Klimaverträglichkeitsprüfung) und im Rahmen des Finanzierbaren – d.h. Redimensionierung der Bauprogramme, Änderung der Prioritäten zugunsten der Schiene. Mehr Kostenwahrheit durch flächendeckende LKW-Maut, Verwendung eines substanziellen Teils der Einnahmen zur Attraktivierung der Schiene für Taktverkehr statt zum weiteren Ausbau der Transitachsen. Nahverkehrsreform für die Fahrgäste, ergänzt durch die nötigen zusätzlichen Mittel, um die Unterlassungssünden der letzten Jahre auszubügeln. Nein zu gesundheits-, umwelt- und klimafeindlichem Unsinn wie Tempo 160 oder der möglichen Legalisierung von 60-Tonnen-LKW,

Feinstaubreduktion auf allen Ebenen

Erarbeitung eines Maßnahmenplanes zur konsequenten Reduktion von Feinstaub. Novellierung des Immissionschutzgesetz-Luft. Forcierung der Nachrüstung mit Partikelfilter. Die Verordnung von Verkehrsbeschränkenden Maßnahmen müssen durch die Landeshauptleute möglich sein.

Natur braucht Schutz

Die Realisierung eines Bundeseinheitliches Naturschutzgesetzes ist längst überfällig. Die Umsetzung eines Verbesserten und konsequenten Monitorings ein unbedingtes muß. Das Engagement für den Schutz und die nachhaltige Entwicklung der Alpen ist verstärkt fort zu

setzen. Die Weiterentwicklung der Alpenkonvention und ihre Umsetzung ist voran zu treiben; Ebenso der langfristige Schutz der letzten Naturjuwele Österreichs. Weiters muß der Schutz der Biodiversität ein zentrales Ziel der Umweltpolitik sein.

Gesunde Lebensmittel

Erhaltung der Gentechnikfreiheit in der österreichische Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion; Festschreibung des Verzichts auf Gentechnik-Saatgut im Agrar-Umweltprogramm; auf EU-Ebene Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts der Regionen auf eine gentechnikfreie Landwirtschaft.

Festlegung von Summengrenzwerten für ähnliche wirkende Pestizide; Reparatur des Pflanzenschutzmittelgesetzes; Vorlage eines Pestizid-Reduktionsplans zur Verringerung des Einsatzes von Pestiziden

Umfassender Wasserschutz

Das beinhaltet eine konsequente Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie zum Schutz unserer Flüsse und die Einrichtung der Schutzzonen.

Der Schutz des Grundwassers vor Nitrat, Pestizideinträge, Chlorierte Kohlenwasserstoffe und Schwermetallen ist prioritär durch den Verbot wassergefährdender Stoffe, Forcierung der Biolandwirtschaft und Aufstockung der Mittel für die Altlastensanierung!